



## Bewerbung um einen Listenplatz für die AH-Wahl 2021

### Liebe Freundinnen und Freunde,

*In der Fraktion derzeit zu- ständig für:*  
Partizipation & Beteili- gung, Europa

*Ausschüsse:*

- Bürgerschaftliches Enga- gement und Partizipation (Vorsitzende)
- Arbeit, Integration, Sozi- ales
- Stadtentwicklung
- Europa, Bund, Medien
- Haushaltskontrolle

*Statt Bilanz:*

www.susanna-kahlefeld.de  
twitter: s\_kahlefeld  
fb: Susanna Kahlefeld

*Für B 90/Die Grünen:*

MdA seit 2011  
Sprecherin der LAG Mi- gration und Flucht 2008 - 2011  
BVV Neukölln 2001 – 2008

*Mitgliedschaften:*

Vorstand in Offenes Neu- kölln (ONK) und Solwodi Berlin, Mitglied bei ADFC, BUND, FASO In- itiative, Europaunion

*Zu mir:*

Geboren 1964, in Berlin seit 1986, Promotion in Philosophie 1999 an der FU, DAZ-Unterricht, Lehr- aufträge u.ä. bis 2011

während die AFD alle zwei Wochen im Plenum behauptet, dass sie und nur sie allein die Berliner\*innen vertrete, schafft es die Initiative „Klimaneustart“ spie- lend leicht die Unterschriften für einen Klimabürger\*innenrat zu sammeln, geht „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ im Senkrechstart in die zweite Stufe, setzen wir ein Mobi-Gesetz um, dass mit den Vertreter\*innen des Fahrrad- volksentscheid erarbeitet wurde – kurz: wird eine soziale und ökologische Poli- tik von denen vorangetrieben, die Demokratie nicht verunglimpfen, sondern nutzen und vorantreiben.

Mehr Beteiligung, mehr Mitbestimmung von der Verbesserung der Regelungen für Volksentscheide über Bürger\*innenräte bis zum Beirat für Roma- und Sinti stärkt Demokratie – allen Unkenrufen zum Trotz. Und sie hilft uns, eine Politik für die Offene Gesellschaft, für Klimawandel, Verkehrswende und eine starke Mieter\*innenpolitik zu machen.

Ich habe den Themen-Komplex Partizipations- und Beteiligungspolitik in der Fraktion verantwortet und möchte das auch weiter tun. In dieser Funktion habe ich für uns vieles von dem realisieren können, was wir in der Opposition gefor- dert oder in den Koalitionsvertrag gebracht hatten: Die Novellierung des „Par- tizipations- und Migrationsgesetzes“, eine „Engagementstrategie“ für Berlin, „Leitlinien zur Bürger\*innen-Beteiligung“, die Erarbeitung eines „Beirates für Roma- und Sinti-Belange“ und die Verbesserung des Abstimmungsgesetzes für mehr Transparenz und Berechenbarkeit von Volksbegehren und -initiativen.

In der kommenden Legislatur geht es darum, die Novellierungen umzusetzen und zu festigen. Und es bleibt noch viel zu tun: Ich möchte die mit Berliner NGOs erarbeiteten Eckpunkte für ein grünes „Berliner Demokratie-Förderge- setz“ umsetzen - das ist eins meiner Projekte für die nächste Legislatur.

Wir wissen noch nicht, wie es mit Corona weiter geht, wie lange unser Leben eingeschränkt bleibt. Es macht mir große Sorgen, dass Bürger\*innen-Beteili- gung derzeit kaum möglich ist. Wir müssen in der Auseinandersetzung mit SI- GNA die Gewerbetreibende und Anwohner\*innen aus Neukölln und Kreuzberg in die Planungen am Hermannplatz einbeziehen, aber wie soll das derzeit ge- hen? Die Einschränkungen bei Demonstrationen und öffentlichen Diskussionen sind fatal. Die Digitalisierung, das haben wir in den letzten Monaten gelernt, leistet vieles, aber nicht alles.

Ich werde wieder im Neuköllner Wahlkreis 2 als Direktkandidatin antreten: Hier leben die, die keinen Garten, sondern Verkehrslärm und geparkte Autos vor der Haustür haben, für die das Tempelhofer Feld die Datsche und Ausflüge ins Umland ersetzt. Ich fühle mich Neukölln, insbesondere dem von der Gentri-

fizierung gebeutelten Norden, verbunden. Durch Corona sind die am härtesten betroffen, die prekär arbeiten, kein stabiles WLAN haben, zu eng in einer kleinen Wohnung oder auf der Straße leben.

Ich plädiere für den Einbezug der Zivilgesellschaft in die Aufarbeitung der Corona-Krise und die Entwicklung von Strategien für Zukunft. Es ist viel zu tun und wir brauchen grüne, sozial-ökologische Antworten.

Auch für Europapolitik würde ich mich gern weiter in der Fraktion einbringen: Wir werden in dieser Legislatur noch eine Verfassungsänderung beschließen, die einen Europabezug Berlins herstellt. Das muss mit Leben gefüllt werden: Was für ein Europa soll das sein, das seine ökonomischen und sozialen Privilegien für die *weißen* Europäer\*innen schützt, indem es Menschen des globalen Südens an seinen Außengrenzen sterben lässt? Nicht das, das wir Grünen wollen! Die Mitarbeit Berlins im „solidarity cities network“ ist ein wichtiger erster Schritt. Wir können zudem von Berlin aus mehr gegen die Diskriminierung der größten europäischen Minderheit, der Menschen mit Romno-Hintergrund, tun. Die Bekämpfung der Arbeitsausbeutung, die im Zuge der Freizügigkeit entstanden ist, die Stärkung der „sozialen Säule“ und mehr Mitbestimmung sind meine Herzensanliegen. Zusammen mit unseren Europa-Abgeordneten, mit den für Europa zuständigen in den anderen Landtagen und vielen NGOs daran weiterarbeiten.

Dafür bitte ich euch um eure Stimme!

Susanna

